

DIE LINKE. Niedersachsen unterstützt die Maiaktionen des DGB im ganzen Land

Im Aufruf des DGB zum 1. Mai heißt es:

„Der 1. Mai 2009 steht ganz im Zeichen der Krise. Immer mehr Beschäftigte bangen um ihren Arbeitsplatz und kämpfen gegen drohenden sozialen Abstieg. In dieser Situation sind die Ziele des DGB und seiner Einzelgewerkschaften klar: Wir wollen helfen, Beschäftigung zu sichern wo immer es geht, und stemmen uns gegen Trittbrettfahrer im Arbeitgeberlager und

anderswo, die die Krise zu Lohndumping missbrauchen wollen. Deshalb lautet unser diesjähriges Mai-Motto: Arbeit für alle bei fairem Lohn ...

Die Politik und die Wirtschaftsideologen, die das blinde Vertrauen in unregelte Märkte und radikalen Wettbewerb gefördert haben, sind gescheitert. Das hat jetzt für uns alle katastrophale Folgen – in Deutschland, Europa und der Welt.



Keinen Meter!

Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover verhindern!



DIE LINKE ist dem Antifaschismus verpflichtet und weist, dass Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit aller Kraft bekämpft werden müssen. Wir fordern das Verbot aller faschistischer und rechtsextremer Organisationen.

Faschistischer Ungeist hat in den Köpfen nichts zu suchen, alte und neue Nazis nichts in den Parlamenten.

Wir rufen auf, sich an den Aktionen gegen den Aufmarsch von Nazis am 1. Mai 2009 in Hannover zu beteiligen.

Umzingeln wir die Nazis!
11 Uhr · ZOB
am Hauptbahnhof

Fest der Demokratie
ab 12 Uhr
auf dem Klagesmarkt

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

www.dieLinke-nds.de

Deswegen muss die Politik dringend klare Regeln setzen, um nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft, die dem Wohl aller Menschen dient und nicht den Reichtum Weniger fördert ...“



DIE LINKE steht zu den Zielen der Gewerkschaften und sie weist zugleich darüber hinaus. Die gegenwärtige Krise macht die Grenzen des kapitalistischen Systems sichtbar. Sollen die Krisenlasten von den Profiteuren der Umverteilung von unten nach oben bezahlt werden, dann sind klare Antworten notwendig. Die Mitglieder der LINKEN werden den Gewerkschaften kritische und verlässliche Bündnispartner sein.

Machen wir den 1. Mai stark. Alles auf die Straße. In Hannover geht es um die Abwehr des Naziaufmarsches, in vielen Städten Niedersachsens werden wir die DGB-Kundgebungen unterstützen.

Herbert Behrens

Wir haben mehr rote Farbe ins Heft gebracht und neue Rubriken. Eure Freude darüber kam bei uns an. Danke für die überwiegend positiven Rückmeldungen. Bitte sendet uns eure Artikel für die Rubriken immer an die Redaktionsadresse bis zum jeweiligen Redaktionsschluss. Für die Ausgabe 3, die erste nach der Europawahl und letzte vor der Bundestagswahl ist das der 6. Juli, für die Ausgabe 4, Erscheinungsdatum nach der Bundestagswahl, ist das der 7. September. Was zu unseren Redaktionssitzungen vorliegt, nehmen wir gerne mit. Beteiligt Euch aktiv an der inhaltlichen Gestaltung des LINKEN FORUMS!

Anke Schneider und Pia Zimmermann haben sich aus der Redaktion verabschiedet. Wir sagen Danke für die jahrelange Mitarbeit. Christian Degener begrüßen wir als neues Redaktionsmitglied.
Nanni Rietz-Heering

Der Landesausschuss im März

Der Landesausschuss hatte auf seiner Sitzung am 7. März zunächst die Aufgabe, sich ein neues Präsidium zu wählen.

Das Präsidium bilden: K.W. Depker, Christoph Filler, Christa Reichwaldt, Antje Rosebrock, Blanka Seelgen und Siegfried Seidel.

Landesschatzmeister Edmund Worgul erläuterte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2009, der mehrheitlich gebilligt wurde. Die Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaften wird neu geregelt. Jede LAG erhält einen Grundbetrag in Höhe von 300 Euro und sechs Euro für jedes eingeschriebene Mitglied. Über Anträge für Sondermittel entscheidet ein Vergabeausschuss.

Manfred Sohn referierte über sein neues Regionalkonzept für die Partei, das auf die Stärkung der organisatorischen Basis zielt. Jeweils mehrere benachbarte Kreisverbände werden zu Regionen verbunden, die sich ca. zweimal jährlich treffen sollten (gemeinsame Bildungsarbeit, Erfahrungsaustausch, Mitgliederarbeit).

Zum letzten Punkt „Medienkampagne in Hessen“ siehe nebenstehenden Bericht.
Arnold Neugebohrn

Das Kartell: Medienkampagne gegen DIE LINKE in Hessen

Bericht über den Vortrag von Achim Kessler, Landesvorstandsmitglied der hessischen LINKEN, zum Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE im Landtagswahlkampf 2009

Ausgangspunkt der Medienkampagne war das Scheitern der SPD und von Andrea Ypsilanti bei dem Vorhaben, Roland Koch und die CDU von der Macht zu verdrängen. Der Vorwurf des Wortbruchs hat dabei mit kräftiger Hilfe der SPD-Rechten verfangen, während die Verstrickung von Koch in die CDU-Schwarzgeldaffäre, seine Lügen in diesem Zusammenhang („jüdische Vermächtnisse“) ausgeblendet wurden.

Es gelang, Ypsilanti als machtgeile, aber ungeschickte und unglaubliche Frau hinzustellen, während Koch als taktisch ausgebuffter, letztlich überlegener Mann wiederauferstand.

Nicht die Vorliebe für die CDU und Roland Koch waren der Grund für die beispiellose Medienkampagne gegen Ypsilanti, sondern die machtpolitische Option, für die sie stand. Eine Option, die in vielen Punkten die neoliberalen Grundsätze der letzten 25 Jahre in Frage gestellt hätte. Eine Option, die mittelfristig auch



auf Bundesebene neue machtpolitische Möglichkeiten eröffnet hätte.

Der entscheidende Fehler von Ypsilanti war, vor der Wahl diese Option selbst kategorisch ausgeschlossen zu haben!

Dass eine solche Option den Beweis hätte antreten können, erfolgreich zu sein, musste unbedingt verhindert werden. Dazu bildete sich eine Front aus CDU, Müntefering/Schröder-SPD, FDP, großen Teilen der Grünen, Wirtschaft und Medien. Das beste Mittel, diese Option nun als völlig aussichtslos erscheinen zu lassen und ihre Vertreter in der SPD und bei den Grünen mundtot zu machen war: DIE LINKE fliegt aus dem Landtag.

Zu diesem Zweck wurde im Landtagswahlkampf eine Medienkampagne gegen

die Partei losgetreten, die es so bisher noch nicht gegeben hat:

- Nichtberichterstattung
- Ausgrenzung von öffentlichen Debatten
- Publikation extrem ungünstiger Umfragewerte
- Gleichsetzung DIE LINKE mit NPD

Alle Medien (Print, Hörfunk, Fernsehen, Netz) wirkten zusammen. Der HR (Hessischer Rundfunk) zeigte sich von beklemmender Einseitigkeit: Sein Chefredakteur (!) fragte Spitzenkandidat Willi van Ooyen nach der Bildungspolitik der LINKEN und benutzte dabei die Abkürzung „SED“ für „Sozialistische Einheitsschule Deutschlands“.

Geradezu inszeniert wurden die „Austrittswellen“ im Wahlkampf mit Berichten aus den Wohnzimmern von Parteikritikern als „Zeugen“ und deren zum Teil sich widersprechenden Kritiken an der Partei. Die Austritte sollten sich gestaffelt bis zum Wahltag hinziehen, um der Partei möglichst intensiv zu schaden. Diese armen Leute wurden nach der Wahl von den Medien fallen gelassen wie heiße Kartoffeln, sogar als einfältige Provinzler verspottet.

Am 14. Januar veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine Forsa-Umfrage, wonach DIE LINKE bei vier Prozent stehe! Wenige Tage vorher hatten ARD/ZDF DIE LINKE noch bei fünf Prozent gesehen.

WAS IST DAGEGEN ZU TUN?

Von einem bestimmten Punkt an war klar erkennbar, dass es sich um eine koordinierte und politisch gewollte Kampagne gegen DIE LINKE handelte. Sie zielte insbesondere auf die Motivation der WahlkämpferInnen und natürlich die potenziellen Wähler.

Gegen die Medienkampagne konnte DIE LINKE ihre einzige besondere Stärke ausspielen, nämlich durch breite Präsenz von Mitgliedschaft und Unterstützern auf der Straße Gegenöffentlichkeit zu schaffen. „In einer Serie von Erfolgen zusammen zu halten, ist relativ einfach, schwieriger ist dies angesichts einer drohenden Niederlage.“ (A. Kessler) Prinzipielle Solidarität, Einigkeit im übergeordneten Ziel – damit haben die hessischen Genossinnen und Genossen es geschafft.

Arnold Neugebohrn



Ganz Niedersachsen mobilisiert: Auf nach Berlin zum Aktionstag

55.000 Menschen demonstrierten am 28. März gegen die Krisenpolitik der Herrschenden. Am 16. Mai, dem Europäischen Aktionstag, sollen es mindestens dreimal so viele sein, die für das Motto „Profiteure zur Kasse“ auf die Straße gehen. Milliarden schwere Programme der Bundesregierung spannen einen Schutzschirm über die Banken. Für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaftskrise bleibt da wenig Spielraum. DIE LINKE hat Vorschläge zur Abfederung der Krisenlasten, die den Menschen etwas bringt: Erhöhung des Regelsatzes für Hartz-IV-Empfänger, Rentenerhöhungen, ein öffentliches Investitionsprogramm für bessere Bildung und Ausbildung ...

Doch die Auseinandersetzung um die Weltwirtschaftskrise wirft weiter gehende Fragen auf. Sind die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftens erreicht?



Muss das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit das Streben nach immer höheren Profiten nicht infrage gestellt werden? Die herrschenden Kräfte haben diese Fragen bereits beantwortet. Nicht das kapitalistische System sei gescheitert. Nein, die gierigen Manager seien es gewesen, die auf ihrem Trip die Finanzmärkte in Unordnung gebracht hätten. Nötig seien allenfalls ein paar Regulierungen, damit nichts überschäumt.

Die politischen Parteien des Systems haben im Wesentlichen den Wahltag am 27. September im Auge. Wenn es ihnen gelingt, die Krise auf dem Arbeitsmarkt durch staatliche Interventionen (Kurzarbeit, Appelle an die Wirtschaft, auf Entlassungen zu verzichten) in Grenzen zu halten, dann ist die Hauptarbeit getan. Zur

Sache ginge es dann erst nach dem Wahltag, dann wäre Zahltag. Finanzielle Garantien müssten eingelöst werden, die Kassen der Krankversicherungen und der Bundesagentur für Arbeit müssten in Ordnung gebracht werden, weil ihnen in der Krise erhebliche Beitragseinnahmen weggebrochen sind.

Die öffentlichen Haushalte müssten konsolidiert werden, um die Politik der

Schuldenbremse umzusetzen. Jeder Bewegungsspielraum wäre ihnen genommen und die Finanzierung einer Sozialpolitik in Bund, Ländern und Kommunen unmöglich gemacht. Die Unternehmen werden sich die Einbrüche in ihren Profiten von den Beschäftigten wiederholen wollen.

DGB-Busse fahren kostenlos

Ort, Haltestelle	Abfahrtszeit	Ort, Haltestelle	Abfahrtszeit
Region Oldenburg-Wilhelmshaven		Verden, Bahnhof	7.00 Uhr
Oldenburg, Weser-Ems-Halle	5.15 Uhr	Osterholz-Scharmbeck, Bhf.	6.00 Uhr
Wilhelmshaven, ZOB	4.30 Uhr	Bremervörde, Bahnhof	6.00 Uhr
Sande, Hotel Tapken	4.45 Uhr	Zeven, Busbahnhof	6.30 Uhr
Varel, AOK	5.00 Uhr	Bremerhaven, DGB-Haus	5.15 Uhr
Brake, Rathaus	4.45 Uhr	Bremen, ZOB	6.00 Uhr
Nordenham, An der Gate	5.00 Uhr	Region Niedersachsen-Mitte	
Delmenhorst, ZOB	5.30 Uhr	Hannover, Klagesmarkt	7.00 Uhr
Cloppenburg, Museumsdorf	5.00 Uhr	Lehrte, Ilterner Straße 75	7.00 Uhr
Wittmund, Marktplatz	4.15 Uhr	Barsinghausen, Bahnhof	6.30 Uhr
Jever, Familia	4.45 Uhr	Hamel, Fa. Actaris	6.00 Uhr
Region Ostfriesland, nördl. Emsland		Hess.Oldendorf, Teppichwerk	5.45 Uhr
Linie 1: Norden, Georgsheil, Emden		Lauenau, Parkplatz BAB 2	6.40 Uhr
Linie 2: Wittmund, Aurich, Hesel		Hildesheim, ZOB	7.00 Uhr
Linie 3: Ihrhove, Rhauderfehn		Alfeld, Hallenbad	6.30 Uhr
Linie 4: Leer		Holzwinden, Bhfsvorplatz	5.45 Uhr
Linie 5: Papenburg, Weener		Landkreis Schaumburg	
Stadt und Landkreis Osnabrück		Stadthagen, Festplatz	6.30 Uhr
OS, DGB-Haus, A.-Bebel-Pl.	5.00 Uhr	Landkreis Nienburg	
OS-Voxtrup, Rahenkamp	5.30 Uhr	Stolzenau, ZOB	5.30 Uhr
Quakenbrück, Bahnhof	4.00 Uhr	Nienburg, Busbahnhof	6.00 Uhr
Bersenbrück, Bahnhof	4.15 Uhr	Damme,ZF, Hunteburger 21	4.00 Uhr
Bramsche, AOK	4.45 Uhr	Lemförde, Groteimer, Haupt	4.45 Uhr
Melle, BAB-Abf.West (Hotel)	5.45 Uhr	Wagenfeld, Am Markt	5.15 Uhr
Georgsmarienhütte, Stahlwerk	4.45 Uhr	Twistringen, OLB-Parkplatz	4.00 Uhr
Ibbenbüren, Busbahnhof	4.30 Uhr	Diepholz, Alter Marktplatz	4.45 Uhr
Emsland und Grafschaft Bentheim		Sulingen, ZOB	5.30 Uhr
Meppen, Busbahnhof	4.00 Uhr	Region Süd-Ost-Niedersachsen	
Lingen, Emslandhallen	4.30 Uhr	Braunschweig, Busbahnhof	7.30 Uhr
Nordhorn, Busbahnhof	3.45 Uhr	VW, Parkplatz Ohefeld	7.30 Uhr
Schüttorf, Am Kuhn	4.15 Uhr	Salzgitter-Bad, Busbahnhof	7.00 Uhr
Papenburg: beim DGB Leer nachfragen		SZ-Lebenstedt, Rathaus	7.00 Uhr
Region Elbe-Weser		Wolfenbüttel, Spinnerei	
Cuxhaven, Bahnhof	5.00 Uhr	Parkpl.	7.00 Uhr
Stade, Brinckstraße	6.00 Uhr	Peine, Gewerkschaftshaus	7.00 Uhr
Neukloster, Pfingstmarkt	6.30 Uhr	Wolfsburg, Sonderzug ab Bhf.	8.00 Uhr
Buxtehude, Bahnhof	6.00 Uhr		
Rotenburg, Pferdemarkt	6.00 Uhr		

Stand: 20. April 2009

> Europäischer Aktionstag

Den Szenarien der Herrschenden stehen die Betroffenen noch ungläubig gegenüber. Eine Mischung aus Hoffen und Bangen treibt die Menschen in den Betrieben, Erwerbslose, Junge und Alte um. Mit dem Europäischen Aktionstag soll es gelingen, auch in der Bundesrepublik die sozialen Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung zu entwickeln.

Den Gewerkschaften wird zu zeigen sein, dass ihre Mitglieder den Gürtel nicht enger schnallen werden, dass es keinen nationalen Pakt von Arbeit und Kapital geben wird, sondern die Abrechnung mit den Profiteuren. Der LINKEN kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Machen wir den Aktionstag stark. Auf nach Berlin!

Herbert Behrens

Internationaler Kongress

No to NATO – No to War

Am 4. April 2009 beging die NATO – das wohl spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks zur Disposition stehende Militärbündnis – ihren sechzigsten Geburtstag. Gefeierte wurde in der deutsch-französischen Grenzregion in Strassbourg und Kehl. Die Friedensbewegung feierte mit. Konferenzen, Camps, Demonstrationen und Blockaden begleiteten das Gipfeltreffen des Kriegsverbündnisses.

Auf der Seite no-to-nato.org schreiben Arielle Denis und Reiner Braun für das ICC am 4.3.2009:

Mit mehr als 500 TeilnehmerInnen aus 20 Ländern Europas und den USA und Kanada stellte der Internationale Kongress der Friedensbewegung am Freitag in Straßburg die inhaltliche Kritik an und die Alternativen zur NATO in den Mittelpunkt.

Rednerinnen und Redner aus den NATO-Ländern Europas und den USA, aus Russland, Georgien, Afghanistan und weiteren kritisierten den Kurs der NATO auf eine weltweite Militarisierung und forderten ein Ende des NATO-Krieges in Afghanistan und die Auflösung der NATO und ihrer weltweiten Militärstützpunkte.

Zu den prominentesten Stimmen zählte am Freitag Phyllis Bennis aus den USA, die dazu aufforderte, US-Präsident Barack Obama an seinen Taten zu messen. Joseph Gerson, ebenfalls aus den USA sah realistische Chancen für eine vollständige Abrüstung der Atomwaffen. Dafür brauche es noch mehr Bewegung. Straßburg sei ein guter Anfang. Jan Tamas aus Tschechien erklärte „Wir haben die Regierung zu Fall gebracht. Wir werden auch die Raketenabwehrsysteme zu Fall bringen und die Auflösung der Militärstützpunkte durchsetzen.“

Nach der internationalen Demonstration am Samstag wurde der Kongress am Sonntag unter anderem mit einer Diskussion von Vertretern politischer Parteien und Vertretern der Friedens- und sozialen Bewegungen aus mehreren Ländern Europas fortgesetzt.

Link: www.no-to-nato.org

Europa neu begründen: demokratisch, sozial und friedlich



Sabine Lösing

Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Europa erlebt die schlimmste globale Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Millionen von Beschäftigten leben in Sorge um ihren Arbeitsplatz. Doch Europäische Kommission und Rat verfolgen weiterhin unbeirrt die Durchsetzung der marktliberalen Grundfreiheiten. Privatisierung und Deregulierung werden weiter vorangetrieben. Während Milliarden für Rettungspakete zugunsten der Banken verschleudert werden, zahlen Arme, Beschäftigte und Rentner die Zeche für die Finanzkrise. Verstaatlichungen nutzen lediglich den Kapitaleigentümern. In der Krise wächst auch die Gefahr, dass neue Kriege wie in Afghanistan ausgeweitet werden, denn Neoliberalismus und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille.

Militärische Auslandseinsätze, mit denen man vorgibt, Menschenrechte zu

schützen oder Terrorismus bekämpfen zu wollen, werden zur Normalität.

Die EU will mit dem Vertrag von Lissabon die gescheiterte Ordnung des Neoliberalismus und Militarismus zementieren. Doch obwohl der Vertrag von Lissabon in Irland wie bereits sein Vorgänger, der Verfassungsvertrag, in Frankreich und den Niederlanden in Referenden von der Bevölkerung zurückgewiesen wurde, halten die europäischen Eliten unbeirrt an diesem Projekt fest. Die Europäische Linke und die Partei DIE LINKE in Deutschland haben in ihren Wahlprogrammen zu den EP-Wahlen das NEIN zum Vertrag von Lissabon erneut bekräftigt.

Statt einer Zementierung des Neoliberalismus fordert DIE LINKE einen anderen Verfassungsvertrag, der die Europäische Union neu begründet. Denn eins ist klar: Kosmetische Korrekturen reichen nicht aus – die ganze Richtung stimmt nicht! Wer will, dass es weiter geht wie bisher, tritt im Grunde gegen die europäische Idee selbst ein. Denn in der Wirtschaftskrise geht es in Europa nicht mehr um Solidarität, sondern jedes Land versucht, sich auf Kosten des anderen über Wasser zu halten. Gegen diese Misere setzt die Linke ihr Projekt eines anderen Europas. Europa muss neu begründet werden: demokratisch, sozial und friedlich.

Sabine Lösing ist Diplom-Sozialwirtin/ Integrative Sozial- und Suchttherapeutin. Sie kandidiert auf Platz 7 der Europawahl-liste.

50 Millionen für Einschränkung von Grundrechten Proteste zum NATO-Gipfel

25.000 deutsche und französische Polizisten verwandelten Baden-Baden, Kehl und Strassbourg eine Woche lang in Hochsicherheitszonen. Grenzkontrollen wurden wieder eingeführt, Grundrechte eingeschränkt und Friedensaktivisten drangsaliert.

50 Millionen Euro hat sich Deutschland die NATO-„Geburts-tagfeier“ kosten lassen. Dem gegenüber standen über 30.000

Menschen im baden-württembergischen Kehl und auf der gegenüber liegenden Seite des Rheins, im französischen Strassbourg. Immer wieder drängte die Polizei Gruppen von Demonstranten auf dem Weg zur hermetisch abriegelten Europabrücke zurück. Die Polizisten setzten massiv Tränengas, Wasserwerfer, Gummigeschosse und Schockgranaten ein, die einen ohrenbetäubenden Lärm erzeugen. Trotz diverser Schikanen ließen sich die Proteste nicht verhindern, das Netzwerk „Block Nato“ bezeichnete die Proteste als Erfolg und als „mächtiges Nein“ zum NATO-Gipfel.

Quelle: *junge Welt*, 11./12. April 2009



Die Delegation der LINKEN in der GUE/NGL-Fraktion

Häufig findet sich die Delegation der LINKEN innerhalb der Fraktion der Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) in einer Vermittlerrolle wieder. Die GUE/NGL-Fraktion ist ein Zusammenschluss der pluralistischen europäischen Linken, in der kommunistische, sozialistische und rot-grüne Parteien unterschiedlicher Identität, Geschichte und politischer Tradition wirken und in deren Arbeit selbstverständlich auch unterschiedliche Sichten und Debatten aus den Mitgliedstaaten eingebracht werden. DIE LINKE hat viel dazu beitragen können, politische Kontroversen und Interessenkonflikte wirklich freundschaftlich lösen zu helfen. Sie hat aktiv eine Kooperation mit den Abgeordneten aus den neuen Mitgliedsländern Tschechien und Zypern aufgebaut und den Kontakt zu weiteren linken Parteien, die in dieser Legislatur nicht in der Fraktion vertreten waren, gewahrt.

Trotz zum Teil erheblicher politischer Differenzen (zum Beispiel zu institutionellen Fragen der EU-Entwicklung oder zur Kernenergie) besteht nicht zuletzt durch die Vermittlungsarbeit der Delegation der LINKEN in der Fraktion insgesamt ein konstruktives und vertrauensvolles Klima. Die GUE/NGL-Fraktion ist eine pluralistische Fraktion. Es ist dieser gelebte Pluralismus, der die Stärke der Fraktion ausmacht. Vor diesem Hintergrund hat die Delegation aktiv daran mitgewirkt, die weitere inhaltliche Profilierung der Fraktion und die Herausbildung gemeinsamer europäischer linker Positionen und Politikangebote zu befördern. Zudem stellte ein Teil der Delegation viel Kraft dem weite-

ren Aufbau der Partei der Europäischen Linken zur Verfügung.

Die Bearbeitung einer großen Themenvielfalt durch eine eher kleine Besetzung bedeutet zwar eine enorm hohe Arbeitsbelastung, hat sich aber im Ergebnis bewährt, denn dadurch haben wir als Delegation gute Voraussetzungen, Positionen zu zentralen Feldern der Europapolitik und der europäischen Politikebene sowohl für die Fraktion als auch für unsere eigene Partei zu erarbeiten und über die unmittelbare parlamentarische Arbeit hinaus das europapolitische Profil der Partei DIE LINKE entscheidend mit zu prägen.

RESPEKT UND ANERKENNUNG

Die Delegation der DIE LINKE hat sich durch ihre sach- und fachkompetente parlamentarische Arbeit im Europäischen Parlament Respekt und Anerkennung der Kollegen anderer Fraktionen und Parteien erworben. Gleiches gilt für die Partner der Zivilgesellschaft sowie der europäischen und nationalen Institutionen.

Linke Politikangebote und gesellschaftskritische Argumente sind auch im Ergebnis ihres Wirkens Bestandteil des gesellschaftspolitischen Diskurses national wie europaweit geworden. Damit hat die Delegation einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz der Partei innerhalb der Gesellschaft geleistet.

DIE LINKE in der GUE/NGL-Fraktion wurde von 2004 bis 2009 vertreten von den Abgeordneten André Brie, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov, Tobias Pflüger, Feleknas Uca, Sahra Wagenknecht und Gabi Zimmer.

> Die LINKE in Europa

Ein kurzer Blick zurück:

10 Jahre im EU-Parlament

In den Jahren als Europaabgeordnete der GUE/NGL-Fraktion seit 1999 galt mein Einsatz vor allem der Verankerung von Chancengleichheit, einer gerechten Entwicklungspolitik und ich habe mich gegen Unterdrückung von Minderheiten in der Türkei und in der Welt gestellt.

Schwerpunkte in dieser Zeit waren insbesondere der Kampf gegen traditionsbedingte Gewalt an Frauen in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten sowie dem ausbeuterischen und neokolonialen Kurs der EU-Entwicklungspolitik in Form von Liberalisierungsabkommen mit den Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen (AKP) Staaten entgegen zu wirken.

Neben meiner Tätigkeit als Koordinatorin des Entwicklungsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Frauen- und Menschenrechtsausschuss, habe ich in der gemischten parlamentarischen Delegation EU-Türkei, hinsichtlich des möglichen EU-Beitritts der Türkei, den Demokratisierungsprozess und den Umgang mit Minderheiten in diesem Land sehr genau und kritisch beobachtet.

Auch wenn ich nun aus dem Parlament ausscheide, werde ich meine Anstrengungen in Bezug auf Frauenrechte, den Schutz von Minderheiten und Entwicklungspolitik in privatem, außerparlamentarischem Rahmen fortsetzen. *Feleknas Uca*



Gesehen bei der europaweiten Protestkundgebung gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie am 19.3.2005 in Brüssel



Feleknas Uca bei der Demonstration gegen die arbeitnehmerfeindliche EU-Arbeitszeitrichtlinie

> Unsere Bundestagsabgeordneten

Abwrackprämie – echt schrottig

Sie gilt als Wundermittel gegen Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit: Die Umwelt- oder Abwrackprämie. Warum sieht DIE LINKE die Abwrackprämie kritisch? Erstens hat sie mit Umweltschutz gar nichts zu tun. Die Förderrichtlinien sehen keinerlei fortschrittliche Umweltstandards vor, wie dies beispielsweise beim Einbau neuer Heizungen gefordert wird. So können auch echte Spritschlucker die Abwrackprämie abgreifen. Zweitens ist sie vor allem aus zwei Gründen unsozial. Zum einen wird sie ALG II Empfängerinnen und Empfängern nicht ausbezahlt, sondern angerechnet. Dagegen hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag einen Antrag gestellt (Drucksache 16/12114), der aber erwartungsgemäß abgelehnt wurde. Und zum anderen verknappt sie den Gebrauchtwagenmarkt. Alte und billige Autos für den schmalen Geldbeutel verschwinden von der Straße, ohne dass die Menschen überall auf Busse und Bahnen umsteigen können. Und Drittens wirkt



sich die Abwrackprämie negativ auf andere Wirtschaftssektoren aus, weil beispielsweise das Überangebot an zu verschrottenden Autos die Preise für Stahl und gebrauchte Autoersatzteile massiv ins Rutschen bringt.

Schätzungsweise wird der Neuwagenboom den Umsatz der freien Werkstätten um rund 20% einbrechen lassen. Betriebe rutschen in die Pleite und reißen die Arbeitsplätze gleich mit. Dies droht auch dem eh schon notleidenden Einzelhandel, dem rund 25 Mrd. Euro Kaufkraft entzogen wird, weil das Geld in das neue Auto

fließt und nicht doppelt ausgegeben werden kann. Die werden in aller Regel bei der jeweiligen Autobank kreditfinanziert.

Was aber passiert mit denjenigen, die arbeitslos werden und die Raten nicht mehr bezahlen können? Und schließlich ist es kaum nachzuvollziehen, wieso nur das Auto gefördert wird. Fazit: Die Abwrackprämie ist in erster Linie ein Strohhalm und soll vor allem der SPD eine Atempause bis nach der Bundestagswahl verschaffen. Man braucht nur wenig Phantasie, wer angesichts der Geschenke für die Pleitebanker nach dem 27. September die Zechen zahlen wird. *Dorothee Menzner*

Die Wirtschaftskrise wird bodenlos sein, wenn sich die Politik nicht bewegt

In diesem Jahr wird mit einem Absinken des Bruttoinlandsproduktes um fünf Prozent gerechnet. Auch sechs Prozent sind für dieses und das kommende Jahr möglich. Bei minus fünf Prozent steigt die Arbeitslosigkeit von derzeit 3,5 Millionen auf 5,3 Millionen, bei sechs Prozent auf 6,3 Millionen. Setzt sich die Entwicklung im Jahr 2010 fort, dann steigt die Arbeitslosigkeit auf 7,1 bzw. 8,1 Millionen (abhängig beschäftigt sind jetzt 32,4 Millionen, davon 27,6 Millionen sozialversicherungspflichtig).

Wenn es um Arbeitslosigkeit geht, schwadroniert die Regierung oder döst. Zwar werden die Banken mit 500 Milliarden Euro saniert – dazu kommen weitere 200 Milliarden, damit die Banken ihre faulen Wertpapiere auslagern können. Für die Konjunktur dagegen, also gegen die Arbeitslosigkeit, sind bis jetzt rund 80 Milliarden geplant. (30 Mrd. im vergangenen Jahr, je 25 in diesem und im kommenden Jahr)

Das reicht nicht hin. 100 Milliarden je Jahr an kreditfinanzierten Extraausgaben sind nötig. Dazu 80 Milliarden, die mit einer Millionärssteuer finanziert werden. Das wären dann sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit ließe sich der Konjunkturabschwung energisch abbremsen und die Arbeitslosigkeit eindämmen.



Herbert Schui

Und wie die Zinsen für die Schulden bezahlen? Ganz einfach: Machen wir es so wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Um die Kriegsschulden zu bedienen, wurde der Spitzensteuersatz auf 90 Prozent erhöht. Damit vererben wir unseren Kindern eine Verteilungsfrage: Sie müssen die richtigen Steuergesetze machen.

Damit kämen wir anders aus der Krise raus, als wir reingekommen sind: Das Steuersystem wäre gerechter, der Staat würde die Verantwortung für die Beschäftigung übernehmen. *Herbert Schui*

Linke verteidigt Grundgesetz – auch gegen Müntefering und Knabe

Erklärung des europapolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE und niedersächsischen Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Dr. Diether Dehm:

Wenn zwei schlichte Weltbilder gegeneinander schlagen, muss Erkenntnisgewinn nicht unbedingt funken. SPD-Vorsprecher Müntefering unterstellt den Ostdeutschen Aversion gegen das Grundgesetz – und will es unter diesem Vorwand ersetzen. „Stasi“-Jäger Knabe unterstellt Müntefering darum und darin „das Geschäft der Linkspartei“. Diese würde sowieso das Grundgesetz als Geschäftsgrundlage von 89 ablehnen und „Zwangvereinigung“ titulieren. Beides ist Unfug: DIE LINKE hält das Grundgesetz für eine der besten Verfassungen der Welt. Sie wirbt dafür gleichermaßen in Ost und West, für Sozialstaatsbindung, Gewaltenteilung, Angriffskriegsverbot und antikapitalistische Öffnungsklausel (Artikel 15). Und sie verteidigt das Grundgesetz auch gegen Müntefering, Knabe, Merkel, Westerwelle und andere Vorkämpfer des Lissabonvertrags vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.



Landtagsabgeordnete Ursula Weisser-Roelle sowie die Verkehrs-
experten Roland Sellien (links) und Hans-Christian Friedrichs stellen
die Studie vor Journalisten in Hannover vor. Foto: Christian Degener

Güterverkehr auf die Schienen bringen – Links- fraktion stellt Studie zur Verkehrsinfrastruktur vor

In Niedersachsen wird der Güterverkehr von der Küste ins Landesinnere in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmen. Ursachen dafür sind der Ausbau der Häfen in Hamburg und Bremerhaven sowie der Bau des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven. Um das Verkehrsaufkommen in den Griff zu bekommen, setzt die schwarz-gelbe Landesregierung auf den Bau der so genannten Y-Trasse sowie der Autobahnen 22 und 39. Da die Fraktion DIE LINKE im Landtag diese Vorhaben für untauglich hält, hat sie eine Studie in Auftrag gegeben, die Alternativen für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen aufzeigt. Die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Ursula Weisser-Roelle, hat die Ergebnisse dieser Studie gemeinsam mit deren Verfasser Roland Sellien und Hans-Christian Friedrichs vor Journalisten in Hannover vorgestellt.

Zu spät, zu teuer, zu wenig leistungsfähig: So beurteilen Sellien und Friedrichs die Y-Trasse. Lediglich der Hamburger Hafen profitiere von dieser Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke zwischen Hamburg, Bremen und Hannover, die anderen Häfen und Regionen gingen leer aus. Beim nächsten wirtschaftlichen Aufschwung werde die Y-Trasse nicht ausreichen, um den zunehmenden Güterverkehr zu bewältigen – das bestehende Schienennetz müsse dann zusätzlich ausgebaut werden. Die Autoren der Studie plädieren dafür, die bestehenden Schienenwege zu

erweitern, dazu gehöre unter anderem der dreigleisige Ausbau der Strecke Stelle – Lüneburg.

Den geplanten Bau der Autobahn 22 und 39 lehnen die Verfasser der Studie ab. „Die A 39 ist aus politischen und lobbyistischen Gründen geplant worden“, kritisierte Ursula Weisser-Roelle. Die Küstenautobahn A 22 sei überflüssig, weil die A 1 die Hauptverkehrsachse im Nordwesten bleiben werde. Nicht ohne Grund werde sie jetzt von Privatinvestoren sechsspurig ausgebaut. Außerdem sei es fraglich, ob sich die beiden geplanten Autobahnen überhaupt finanzieren lassen. Sellien und Friedrichs empfehlen deshalb, die bestehenden Autobahnen wegen des hohen Instandhaltungsbedarfs zu sanieren und gleichzeitig – wie beschrieben – die parallel verlaufenden Schienenwege auszubauen.

Die gesamte Studie ist auf der Homepage nachzulesen. *Christian Degener*

Landesregierung verhindert Gesamtschulen – CDU und FDP halten stur am dreigliedrigen Schul- system fest

Schlechte Unterrichtsversorgung, Hürden bei der Einrichtung von Gesamtschulen, versuchter Wortbruch bei den Lehrer-Arbeitszeitkonten: Die Bildungspolitik der Landesregierung ist ein einziges Desaster. Besonders bei der Einrichtung von Gesamtschulen führen CDU und FDP einen ideologischen Grabenkampf: Stur halten sie am dreigliedrigen Schulsystem fest, was vor allem zu Lasten der sozial benachteiligten Schüler geht. „Sie orientieren sich nur am Wohl der gut situierten Kinder“, sagte Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, an die Adresse von CDU und FDP. Um Schülern aus sozial schwächeren und bildungsferneren Familien mehr Chancen zu geben, will die Linksfraktion Integrierte

> Wir im Landtag

Gesamtschulen stärken, entsprechende Anträge hat sie im Landtag eingereicht. „Wir brauchen die gemeinsame Schule ohne Aussortierung bis Klasse 10“, sagte Christa Reichwaldt. Überall, wo Bedarf bestehe, müsse eine IGS ohne Einschränkungen zugelassen werden – und zwar auch dann, wenn sie eine andere Schulform ersetzt oder weniger als fünf Parallelklassen hat. Wegen dieser Hürden gehen bisher vor allem ländliche Regionen beim Gerangel um eine IGS leer aus. Auch eine weitere Initiative der LINKEN hat die Landesregierung abgelehnt: Die Linksfraktion hatte kostenlose Schulmittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien gefordert. *Christian Degener*

Foto: Nanni Rietz-Heering



Landesbürgerschaft für Hertie gefordert

Die Warenhauskette Hertie ist insolvent, die Zukunft der verbliebenen 54 Filialen ungewiss. Die Linksfraktion im Landtag hat deshalb eine Landesbürgerschaft gefordert, um möglichen Investoren ein Entgegenkommen zu signalisieren. Bundesweit sind bereits 19 der früher 73 Hertie-Filialen geschlossen worden; die Lage in den noch verbliebenen sechs niedersächsischen Hertie-Filialen in Niedersachsen spitzt sich zu. „Die Landesregierung muss um diese Arbeitsplätze kämpfen“, sagte Manfred Sohn, Vorsitzender der Linksfraktion. Laut Medienberichten gehen die Gespräche über eine Rettung der verbliebenen 54 Hertie-Filialen in die entscheidende Phase. Sollte kein Investor gefunden werden, droht die Schließung der Häuser und der Verlust von rund 3000 Arbeitsplätzen. *Christian Degener*

Große Wahlkampfveranstaltungen:

28.05. Oskar Lafontaine, Hannover, 18 Uhr

02.06. Kammer Lesung Hannover

05.09. Gregor Gysi
Nachmittags Hannover,
Abends Braunschweig

20.09. Kammer Lesung Oldenburg

Linksaktiv auch vor den Betrieben

An den ersten beiden Aktionstagen lag der Schwerpunkt der Linksaktiv-Kampagne vor den Arbeitsämtern – den ARGEn und den Agenturen für Arbeit. Beim nächsten Aktionstag am 29. und 30. April wollen wir in ganz Niedersachsen die aktuelle Ausgabe der „Klar“ mit dem Schwerpunkt ‚Schutzschirm für die Menschen‘ vor den Betrieben verteilen.

An Infoständen wollen wir mit den Wählerinnen und Wählern ins Gespräch kommen und unsere Forderungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise bekannt machen. Weil die Medien uns derzeit totzuschweigen versuchen, ist dies wichtig.

Gemeinsam mit der LAG Betrieb & Gewerkschaft wollen wir die Tage rund um den 1. Mai nutzen und für die Demonstration am 16. Mai in Berlin mobilisieren. Auf der Demo in Berlin wollen wir am Linksaktiv-Treffpunkt zeigen, dass wir an der Seite der Beschäftigten in den Industriebetrieben und in den öffentlichen Diensten stehen.

Als Partei wollen wir uns mit unseren roten Westen und roten Taschen überall dort zeigen, wo sich die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten allein gelassen fühlen.

Macht mit! Registriert Euch auf
https://www.die-linke.de/wahlen/kampagne/aktiv_werden/
oder

<http://www.linksaktiv.de>

Bernd Mex, Kv Braunschweig

Komm ins Offene, Freund! Gedanken zur Wahlkampfführung

Mit der Wirtschaftskrise ist der Wahlkampf eine andere Herausforderung: Auf der einen Seite greifen viele Menschen in Angst und Unsicherheit auf das Bewährte zurück, auf der anderen Seite wollen sie ihrem Ärger Ausdruck verleihen und die Verursacher und Schuldigen klar beim Namen genannt bekommen. Hier muss unsere Partei eine sehr feine Kombination aus konstruktiver Gestaltung unserer konjunkturellen Vorstellungen und andererseits eine klare Ablehnung der im Finanzkapitalismus und in dessen nutznießenden Machtstrukturen liegenden Ursachen liefern. Dies geschieht zu einem Teil mit

gleichzeitig auch die in Niedersachsen so wichtigen Kleinunternehmer, Handwerker und bäuerlichen Betriebe ihre Angst vor Links verlieren, so dass auch eine gewisse Entdämonisierung zu den Anstrengungen unseres niedersächsischen Wahlkampfes gehören muss.

Beim Europawahlkampf machen wir klar, dass unsere Ablehnung gegen den Lissabonvertrag und die Rechtsgrundlagen dieser Europäischen Union ein Eintreten für Arbeitnehmerrechte bei VW, für Tariflöhne (gegen das Ruffert-Urteil des EuGH) aber eben auch für die kleinunternehmerischen Existenzen und für Kaufkraft darstellt. Dieses muss dann durch die Sommerpause unsere „Corporate Identity“ und Alleinstellungsmerkmal bleiben.

Wir müssen die Abrüstung nach vorne stellen. Es reicht nicht, Nein zur NATO zu sagen, wenn wir nicht auch sagen, dass das Geld, welches jetzt in Tornados und neue Waffensysteme fließt, genau das Geld ist, das in öffentlichen Kassen zur Krisenbewältigung für

zukunftsfähige Arbeitsplätze fehlt.

Deswegen ist Abrüstung auch unser Angebot an die Kommunen bzw. Gemeindekassen.

Wir werden uns in diesem

Wahlkampf damit auseinandersetzen müssen, dass unser Gegner jetzt schon plant, uns vollständig totzuschweigen. Bei Nachrichtensendungen ebenso wie bei Talkshows werden wir sukzessive ausgespart, um dann von einem dramatischen Stimmungseinbruch bei Umfragen schwadronieren zu können. Deswegen müssen wir den face-to-face Straßenwahlkampf mit den roten Taschen intensiv führen. Also – wie Hölderlin es sagt: „Komm ins Offene, Freund“.

Diether Dehm, Wahlkampfleiter;

Maren Kaminski, Pressesprecherin;

Dirk Machentanz, Geschäftsführer des Landeswahlbüros



Dorothee Menzner, Gerd Bode und Dieter Dehm im Straßenwahlkampf

dem Konzept „Rettungsschirm für die Menschen“. Das muss ein Schritt nach vorne sein. Arbeitsplätze in Rüstungsbetrieben oder umweltschädlichen Fertigungen werden nur erhalten, wenn in konservative Phantasie, d.h. Umgestaltung in zukunftsfähige, friedliche und ökologisch nachhaltige Perspektiven investiert wird. Das muss unsere Partei programmatisch abstrakt und konkret in Schritten zu ihrer Sache machen.

Wir müssen uns Gedanken machen: wie sieht der Verkehr und das Auto der Zukunft bei deutlicher Akzentverschiebung zur Schiene aus? Wie sieht die zukünftige Energieversorgung aus? Diese Fragen müssen wir so ansprechen, dass



Ökologische Plattform aktiv im Anti-Atom-Widerstand

Seit ihrer Konstituierung vor einem Jahr beteiligt sich die Ökologische Plattform bei vielfältigen Aktionen im Land.

Zuletzt am 26. Februar 2009 an der erfolgreichen Lichterkette Braunschweig - ASSE II - Schacht KONRAD im Streckenabschnitt Trinitatiskiche - Holzmarkt an den Infopoints der Wolfenbütteler LINKEN, flankiert von unseren linken Landtags- und Bundestagsabgeordneten und eingeraht von gut zwei Dutzend LINKE-Flags. Viele interessierte Wolfenbütteler Bürger wurden mit LINKE - Infotaschen versorgt. Der Abend endete mit einer tollen Anti-Atom-Party im „Roten Pavillon“ des KV Wolfenbüttel!

In diesem Jahr planen wir weitere Veranstaltungen im Europa- und Bundestagswahlkampf durchzuführen:

Am 26. April gab es neben dezentralen Aktionen auch vor dem AKW Krümmel eine Demo zum 23. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Wir haben zur Teilnahme aufgerufen und fordern, dass die unverantwortliche Nutzung der Atomenergie beendet werden muss.

Mit bundesweit tausenden Veranstaltungen zur Solarenergie findet vom 9. bis 17. Mai 2009 die Woche der Sonne statt. Gemeinsam mit dem Kreisverband Hannover rufen wir am 17. Mai zur Beteiligung am autofreien Sonntag auf. In Hannovers City werden wir uns auf dem zeitgleich stattfindenden Solarfest mit einem Infostand präsentieren und unser ökologisches Profil einer breiten Öffentlichkeit vorstellen.

Im August / September werden wir mit interessierten Kreisverbänden eine Dokumentarfilm-Veranstaltungsreihe: „Nuking the Climate - is it a country? - Eine Spurensuche von der Herkunft des Atomstroms“ mit anschließender Diskussion durchführen.

Karsten Plotzki, Sprecher der Ökologischen Plattform Niedersachsen

LAG Linkes Netzwerk „Fläche stärken!“ Selbstverständnis und Arbeitsweise

Der politische Erfolg in Niedersachsen lässt sich nicht nur in Metropolen erzielen, sondern verlangt auch zwingend starke



Foto: Nanni Rietz-Heering

und lebendige Kreisverbände in der Fläche. Entsprechend möchten wir Katalysator, Impulsgeber und Stätte offenen Meinungsaustausches sein.

Wir verstehen uns als strömungsneutral, lehnen undemokratisch-zentralistische und unethische Strukturen sowie diskriminierende Handlungen wie Mobbing, Diffamierungen oder Intrige ab, arbeiten thematisch-sachlich, praktizieren erfolgreich die Kultur des wertschätzenden Miteinanders und erarbeiten Konfliktlösungsvorschläge.

Außenbezogen gilt unsere Aktivität den Lösungs- und Vermittlungsstrategien sozialer Zustände in der Fläche, z.B. „Armut auf dem Lande“, „Pendler und Verkehrsanbindung“, „Regionale Produktion und Verteilung von Nahrung und Energie“.

Wir treffen uns alle 2 Monate in der Fläche. Kontakt: Renate Gerstel, E-Mail oder Tel. 05191-3285 AB.

Reinhard Riedel

Neuwahlen bei Lisa

Nach der letzten Vertreterversammlung zur Bundestagswahl hat die Lag Lisa Niedersachsen Neuwahlen durchgeführt. Als Sprecherinnen wurden mit je 15 Stimmen bestätigt: Iris Gramberg, Oldenburg und Eveline Engelhardt-Mayer. Neu gewählt wurde im Niedersachsenhof in Verden im Februar Ruth Rieß, Oldenburg, parteilos, mit 15 Stimmen gegen Nanni Rietz-Heering, 9 Stimmen. Nanni scheidet nach mehr als 3 Jahren Aufbauarbeit aus dem Sprecherinnenrat der Lisa (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen) auf Landesebene aus.

AUFBAU DER ERSTEN KREISARBEITSGEMEINSCHAFT LISA IN HANNOVER

Anfang Januar hat sich die erste Kreisarbeitsgemeinschaft Lisa als Lisa Region

> Landesarbeitsgemeinschaften

Kreis Hannover konstituiert. Sprecherinnen sind Birgit Hundrieser und Sabine Wegmann, Hannover. *nr-h*

Gewerkschaftspolitische Konferenz in Peine war ein großer Erfolg

An die 200 Teilnehmende diskutierten zwei Tage lang miteinander im Peiner Forum über gewerkschaftspolitische Themen. Besondere Aufmerksamkeit und großen Zuspruch erhielt dabei Sahra Wagenknecht, die nicht mehr für das Europaparlament kandidiert, aber auf dem Weg in den neu zu wählenden Bundestag ist. Sahra sprach über sinnlose Steuerentlastungen und nannte das Konjunkturpro-



gramm der Bundesregierung „hilflos und konzeptionslos“. Sie findet 9 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen zu wenig, fordert ein konsequentes Umdenken, um die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie den Menschen nutzt. Ihr Thema war: „Die Europäische Union als Spielball der Konzerne“.

GewerkschafterInnen aus Griechenland, Dänemark und Österreich waren in Peine ebenso dabei wie die stellvertretende Parteivorsitzende Ulrike Zerhau und Diether Dehm. Letzterer als europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und als Künstler. Sein „Feierabend-Programm“ lockte nach dem Abendessen alle wieder ins Forum, nicht in die Kneipe, die kam danach. Unsere Peiner Härke-Brauerei hat den internationalen Besuch überstanden. Die Gäste schauten durch die gläserne Wand der Gaststube direkt in die Brauerei auf die Kupferkessel für die Produktion. Das nächste Mal wäre eine Führung durch einschlägige Peiner Betriebe dem Programm hinzu zu fügen.

Nanni Rietz-Heering, Mitglied LAG Betrieb & Gewerkschaft

Einführung in kommunale Haushaltspolitik

Doppik für EinsteigerInnen

Termin: 24.10.2009 - Hannover

Referenten: Dr. Uwe-Jens Rössel (MdB a.D. und haushaltspolitischer Referent der Landtagsfraktion DIE LINKE, Niedersachsen, angefragt) und N.N.

Die kommunalen Haushalte erscheinen auf den ersten Blick wie dicke Bücher mit sieben Siegeln. Ziel dieses Seminars ist zum einen die Vermittlung von Grundlagenkenntnissen in kommunaler Haushaltspolitik und linker Alternativen zum kommunalpolitischen Mainstream. In einem zweiten Abschnitt wird in die Thematik der Doppik eingeführt. Außerdem wollen wir für KommunalpolitikerInnen die Möglichkeit geben, sich mit den Referenten über ihre kommunalen Haushalte auszutauschen.

Regionsbildung - bürokratischer Demokratieabbau oder Stärkung demokratischer Strukturen gegenüber Land und Wirtschaft?

Termin: 22.11.2009 - Braunschweig

ReferentInnen angefragt: Angelika Gramkow, OB Schwerin, Erster Regionerrat der Region Hannover, Prof. Dr. Axel Prieb

Die Region Hannover ist bislang einzigartig in Deutschland. Doch auch andernorts ist das Thema Region präsent und sorgt für emotionsgeladene Debatten. Die Veranstaltung soll einen Beitrag dazu leisten, diese Diskussionen zu versachlichen. Dabei sollen insbesondere folgende Themen angesprochen werden: Ist ein Regionsparlament geeignet für eine demokratische Kontrolle der Mittelinstanzen der Landesverwaltung? Welche Auswirkungen hat die Abschaffung von Landkreisen? Werden durch eine Region die Stadt - Umland - Probleme gelöst? Kann eine Regionsbildung zur Stärkung der Gemeindeebene beitragen?

Beide Seminare werden vom Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg-Stiftung Niedersachsen durchgeführt.



Der Stadtjugendring griff aktiv ein. Es beteiligten sich erfreulich viele an der Demonstration am 5. März unter dem Motto: „Stadtjugendarbeit in Bad Gandersheim vor dem Aus? - Wir geben nicht auf!!“ - Bild: „Die Eule“ vom 8.3.2009. raj

Kommunale Jugendarbeit vor dem Aus?

Bad Gandersheim. Radikale Kürzungen von freiwilligen Ausgaben prägen das „Haushaltssicherungskonzept 2008 ff“. Einzig der Ratsherr Carlo Bleichert (DIE LINKE) stimmte dagegen. Zuvor versuchte er mit neun Änderungsanträgen dem jugendpolitischen und sozialen Kahlschlag, sowie dem Setzen auf Privatisierung von kommunalem Eigentum entgegen zu wirken. In großer Einmütigkeit wurden seine Änderungsanträge im Rat niedergestimmt. Dies geschah im September 2008. So soll u.a. die Jugendpflege komplett an den Landkreis Northeim zurückgegeben werden. Eine Folge wird dann sicherlich sein, dass der städtische Jugendpfleger nicht mehr direkt, so wie in dem zeitlichen Umfang wie bisher in Bad Gandersheim tätig sein wird. Weiterhin liegt es im Bereich des Wahrscheinlichen, dass Jugendräume, Jugendcafé, Bolzplätze und Skateranlage geschlossen werden.

Vor der Ratssitzung am 5.3.09 fand eine Demonstration von 400 Jugendlichen statt, auf der anschließenden Kundgebung sprachen u.a. der Kreisjugendpfleger, Schülersprecher der örtlichen Schulen, Vertreter des Stadtjugendringes. Sie sprachen sich für den Erhalt der Jugendarbeit in Bad Gandersheim aus.

Im Vorfeld der Ratssitzung hatte Ratsherr Bleichert beantragt, die Tagesordnung um den Top „Wie weiter mit der Jugendarbeit in Bad Gandersheim“ als Diskussionspunkt zu erweitern. Somit wurde

dieses Thema im Rat thematisiert. In seinem Redebeitrag wies er auf die Kürzungen hin, ebenfalls auf die Folgen, also auf die Verschlechterung des Angebotes für die Jugendlichen. Diese Maßnahmen bringen als Folge eine Erhöhung der Kreisumlage mit sich. Er verwies auf eine große Gefahr, dass wenn sich eine Kommune, wie Bad Gandersheim, aus der Jugendarbeit zurückzieht - Haus und Hof Neonazis geöffnet werden.

Schließlich stellte er den Antrag, einen „Runden Tisch“ zum Thema „Jugendarbeit“ einzurichten. Zu diesem sollen u.a. die im Rat vertretenen Parteien, Vertreter der Verwaltung der Stadt und des Landkreises, der Kreis-, der Stadtjugendpfleger, Vertreter des Stadtjugendringes eingeladen werden.

Was bei der Abstimmung geschah - mag verwundern oder vielleicht hatte das jugendpolitische Gewissen gesiegt, denn dieser Antrag wurde einstimmig vom Stadtrat beschlossen. Die erste Sitzung wird am 21. April stattfinden. Ergebnis offen. bca



Carlo Bleichert, für DIE LINKE im Stadtrat Bad Gandersheim

Naziaufmarsch konnte gestoppt werden

Der Naziaufmarsch am 11. April 2009 in Lüneburg konnte erfolgreich verhindert werden. Unterschiedlichste Aktionen gegen die Nazis, vor allem eine Sitzblockade auf der Naziroute verhinderten den Naziaufmarsch.

Das Lüneburger Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus, hatte für den Ostersonntag zu einer großen Demonstration um 10 Uhr auf dem Lambertiplatz aufgerufen. Etwa 2500 Menschen kamen zusammen, um gemeinsam den Nazis etwas entgegen zu setzen.

Auf der Auftaktkundgebung sprachen verschiedene VertreterInnen. Alle betonten, trotz der teilweise ganz unterschiedli-

durchbrechen. Daraufhin beendete die Polizei den Naziaufmarsch, unter tumultartigen Szenen und ging gegen die äußerst aggressiven Nazis vor. Es gelang ihr, die Gewalttätigkeiten der Nazis zu beenden und diese auf den Bahnhofsvorplatz zurück zu drängen. Eine Kundgebung dort verhinderte die Polizei, indem sie die Lautsprecheranlage demontierte und den gesamten Lautsprecherwagen wegfuhr. Das Motto der Nazi-Demo war übrigens: „gegen linke Gewalt.“

Dass die Nazis nur 150 Meter weit kamen, lag daran, dass das Bündnis, dem CDU und FDP übrigens bis heute nicht angehören, in der Vorbereitung gut zusammengearbeitet hatte. Gemeinsam haben wir den Aufmarsch verhindert. Die Sitzblockade war die Krönung der unterschiedlichen Aktionen und hat dafür gesorgt,



chen inhaltlichen Positionen, das gemeinsame Anliegen. Der Demonstrationzug bewegte sich dann laut und mit guter Stimmung durch die Lüneburger Innenstadt. Sämtliche Seitenstraßen, die von der Bündnisdemo Richtung Naziroute führten, waren von der Polizei abgeriegelt!

Die Abschlusskundgebung fand auf der Schifferwallbastion statt, wo früher die Lüneburger Synagoge gestanden hatte, die 1938 durch den Naziterror zerstört wurde. Großen Applaus erhielten dort SchülerInnen für ihren Aufruf, den Naziaufmarsch zu blockieren. Dem Aufruf folgten dann viele Demonstranten, die sich in der Innenstadt an verschiedenen Stellen wiedertrafen.

Eine Gruppe von 170 Menschen verhinderte den Marsch der Nazis durch die Stadt mit einer Sitzblockade auf einer Brücke. Da die Nazis an dieser Stelle nicht weitermarschieren konnten, bot die Polizei ihnen eine Ersatzroute an. Die Nazis lehnten die Ersatzroute ab und versuchten stattdessen, die Polizeikette vor ihnen zu

dass die Nazidemo nicht stattfinden konnte.

Obwohl klar war, dass der Naziaufmarsch nicht mehr stattfinden würde, setzte die Polizei die Räumung der Brücke fort und will nach eigenen Angaben gegen 167 Menschen Strafverfahren einleiten. Dieses skandalöse Vorgehen hat DIE LINKE Lüneburg inzwischen scharf kritisiert und fordert die Einstellung dieser Verfahren.

Martin Nass

Aus dem Kreisverband Aurich

KREISTAG AURICH: NACH FAST ZWEI JAHREN TEILERFOLG FÜR DIE LINKE BEI KDU-ANTRAG

Nachdem es bislang so aussah, als ob die SPD-Kreistagsmehrheit den Antrag des LINKSabgeordneten Martin Heilemann ohne Debatte ablehnen würde, setzt nun offenbar ein Nachdenken ein. Zwar wur-

> Aus den Kreisverbänden

den die Forderungen nach Anwendung der Produktmethode, die Umkehrung der Beweislast bei der Wohnungssuche und die Übernahme von Kauttionen abgelehnt. Allerdings wurde bekräftigt, dass auf unter 25-Jährige kein Druck ausgeübt werde, in den elterlichen Haushalt zurückzukehren. Außerdem wurden die Punkte: Anwendung des bestehenden Mietspiegels, Erstellung einer qualifizierten Mietdatenbank und Übernahme der vollen Heizungskosten zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss verwiesen. Beharrlichkeit zahlt sich manchmal doch aus.

GEMEINDERAT GROSSEFEHN: MEHRHEITSGRUPPE GEPLATZT. SPD BLAMIERT SICH.

Nicht inhaltliche Differenzen, sondern die weltbewegende Frage, wann über die Besetzung einer Stelle in der Gemeindeverwaltung entschieden werden sollte, führte zum Platzen der Mehrheitsgruppe. Ein



Heide Heilemann

ehemaliges SPD-Mitglied kuschelt zukünftig mit den freien Wählern, ein parteiloser Ratsherr macht als Einzelkämpfer weiter. Heide Heilemann, die das Ende der Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern in der Gemeinde durchgesetzt hat, sieht das Gruppenaus mit einem weinenden und einem lachenden Auge: Zwar ist die Mehrheit futsch, dafür braucht die im Schichtdienst arbeitende Krankenschwester nicht mehr die stundenlangen wie nervtötenden Gruppensitzungen über sich ergehen lassen.

GROSSHEIDE: LINKER ORTSVERBAND BILDET SICH UND SETZT SANIERUNG EINER STRASSE DURCH

Vorsitzender Bernd Malmberg hat allen Grund zur Freude. Noch nicht im Gemeinderat und gerade erst als Ortsverband gegründet, setzt DIE LINKE in der Gemeinde Großheide die Sanierung einer von Kieslastern zerfahrenen Straße durch und erntet dafür den Dank der Anwohnerinnen und Anwohner. Malmbergs Beispiel zeigt: Links wirkt. Wenn man sich um die Sorgen der Menschen kümmert. Weiter so!

Martin Heilemann

> Aus den Kreisverbänden

Antikapitalismus von Rechts

Für den 1. Mai haben Nazis in Hannover einen Aufmarsch angemeldet, um den Feiertag der Arbeiterbewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Diese Provokation gegen alle demokratischen Kräfte reiht sich ein in den Versuch der „Nationalen Sozialisten“, mit vorgeblich kapitalismuskritischen Positionen unbedarfte Menschen zu ködern. Die Widersprüche des Kapitalismus mit seinen Klassengegensätzen sollen mittels einer herbeifantasierten „Volksgemeinschaft“ aufgehoben werden. Kern dieser rechten Ideologie ist ein völkischer Antisemitismus, in dem das Kapital aufgeteilt wird in ein „schaffendes“ bodenständig-deutsches Industriekapital und ein „raffendes“ fremdes Finanzkapital. Drahtzieher dieses „raffenden“ Kapitals sei das „Weltjudentum“, vornehmlich lokalisiert an der Ostküste der USA.

Über diese Strategie der Rechtsextremisten aufzuklären, war Ziel einer Veran-

staltung der Linksfraction im Rat der Landeshauptstadt am 22.4.09 im Freizeitheim Vahrenwald. Referenten dieser Veranstaltung waren Martin Burgdorf, Politikwissenschaftler und Bildungsreferent für Rechtsextremismus, Dr. Gerd Wiegel, Referent der Linksfraction im Bundestag für das Thema Rechtsextremismus und Oliver Förster, Ratsherr DIE LINKE. Die Moderation übernahm Michael Höntsch, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt.

Die einladende Fraktion und die Gäste waren einhellig der Auffassung, dass der 1. Mai als Feiertag der ArbeitnehmerInnen nicht für menschenverachtende Propaganda der Nazis missbraucht werden darf.

Oliver Förster

Ostermarsch 2009 in Oldenburg

150 Menschen nahmen am Ostermarsch am Karsamstag in Oldenburg teil. Er stand unter dem Motto: „Kriege beenden! Abrüstung statt Sozialabbau!“ Aufgerufen dazu hatte das Oldenburger Friedensbündnis, ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen unter Einschluss der LINKEN. Oldenburg. Im Aufruf forderten sie u. a. die sofortige Beendigung der Militä-

reinsätze in Afghanistan und im Irak, die Ablösung der NATO durch ein nichtmilitärisches Sicherheitssystem in Europa, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten sowie eine Politik, die dem Terrorismus durch Interessenausgleich und die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung den Boden entzieht.

Auf der Auftaktkundgebung am Brunne neck begrüßte die evangelische Pastorin Dörte Kramer die TeilnehmerInnen. Die Auftaktrede hielt Peter Niebuhr vom Oldenburger Arbeitskreis Asyl. Musikalisch wurde die Auftaktkundgebung von Paule Witzig und Werner Groß gestaltet. Nach dem anschließenden Marsch durch die Innenstadt befestigten TeilnehmerInnen an der sogenannten Friedenssäule am Friedensplatz Zettel und Plakate mit Friedensbotschaften.

Hauptredner der Abschlusskundgebung am Brunne neck war der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE, Wolfgang Gehrke. Er forderte unter anderem die Ersetzung der NATO durch ein Geflecht von Abrüstungsverträgen.

Abgerundet wurde der Ostermarsch durch musikalische Beiträge von Werner Groß und weitere Wortbeiträge.

Jonas Höpken



Gefangen in der Gewaltspirale – Ein weiterer Mord im Namen der Ehre

In der Nähe von Krefeld wurde Anfang März die 20-jährige Türkin Gülsüm S. erschlagen aufgefunden. Jetzt steht fest: Sie wurde im Namen der Ehre von ihrem Bruder ermordet.

Ihr Leben war bestimmt von Kontrolle und Gewalt durch ihren Vater. Nach Einbruch der Dunkelheit durfte sie die Wohnung nicht mehr verlassen. Rebellierte sie gegen die Vorschriften, wurde sie geschlagen. Ihre Familie versuchte sie gegen ihren Willen erst in der Türkei, dann in Deutschland zu verheiraten.

Doch Gülsüm widersetzte sich, floh von ihrer Familie, hatte einen Freund und wurde schwanger. Kurz vor ihrer Ermordung ließ sie das Kind in Amsterdam abtreiben. Nicht freiwillig, wie Serap Cileli, die Autorin des Buches „Eure Ehre – unser Leid“, vermutet. „Scheinbar scheiterte die Beziehung zu ihrem albanischen Freund und sie bat ihre Schwester um Hilfe. Keiner durfte von der Schwangerschaft erfahren, denn durch den Verlust ihrer Jungfräulichkeit zerstörte sie in den Augen ihrer streng patriarchalischen Eltern die Ehre der gesamten Familie.“ Schon vor der Tat beriet Cile-

li eine Vertrauensperson Gülsüms. Gemeinsam versuchten sie Gülsüm zu unterstützen.

Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES, weiß von vielen Mädchen und jungen Frauen, die sich in einer ähnlichen Lage wie Gülsüm befinden. „Manchmal schweben sie in akuter Lebensgefahr, sollte auch nur das Gerücht aufkommen, sie seien keine Jungfrau mehr“, berichtet Stolle. „Wir erhalten immer mehr verzweifelte Anrufe von Mädchen, die nach Möglichkeiten suchen, ihr Jungfernhütchen wiederherstellen zu lassen.“ Stolle weiter: „Wir leben im 21. Jahrhundert, in einem demokratischen Rechtsstaat. Und junge Frauen müssen um ihr Leben fürchten, weil sie ihre Sexualität selbstbestimmt leben wollen? Ein Zustand, den wir nicht akzeptieren dürfen!“

Für Nachfragen und Interviewwünsche stehen wir gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an TERRE DES FEMMES, Jasmine Olbort, Tel. 07071/7973-14 oder per Mail an eilaktion@frauenrechte.de

<http://www.terre-des-femmes.de/>

Gelten die Menschenrechte auch für Frauen in Afghanistan?

Das vom afghanischen Präsidenten Hamid Karsai ohne parlamentarische Debatte kürzlich in Kraft gesetzte neue Ehegesetz stößt in Kabul auf scharfe Kritik. Damit würden Frauenrechte untergraben, die nach dem Sturz des islamischen Taliban-Regimes im Jahr 2001 mühsam erungen worden seien, sagte die oppositionelle Abgeordnete Fausia Kufi.

Von der Nachrichtenagentur Reuters wurden 100 protestierende Frauen gegen das neue Ehegesetz zur sexuellen Verfügbarkeit der Frauen erwähnt, die von 1000 Gegendemonstranten umstellt wurden, welche Steine auf die Frauen warfen. Wie es den Frauen nach Beendigung der Demonstration erging, wurde nicht berichtet.

Eine 14-Jährige äußerte sich einem Reporter gegenüber: „Wir wollen unsere Rechte, wir wollen nicht, dass Frauen einfach benutzt werden.“ Damit bezeichnete sie auf verständliche Weise den Inhalt des Männergesetzes. Das vorgelegte Familiengesetz des afghanischen Präsidenten

Hamid Karsai vom 15.4.09 kann als Erlaubnis zur ehelichen Vergewaltigung angesehen werden. Was die feministische Autorin Susan Brownmiller schon 1974 schrieb, hat auch heute noch Geltung: „Männer vergewaltigen nie-

manden, der/die sich in der gleichen Machtposition wie sie selbst befindet.“ Dieses Männergesetz steht in der Tradition der Kirchengesetze, die in dem islamischen Kulturkreis Scharia genannt werden. Egal, ob die Gesetze per Anweisung oder unter Einbeziehung des Parlaments zustande gekommen sind, das Fehlen oder das Vorhandensein der staatlichen Gewaltenteilung ändert nichts an dem zutiefst frauenfeindli-



Heidrun Dittrich,
Bundestagskandidatin
Listenzettel 3

> Wir Frauen

Aufruf aus der Frauenbewegung zur Walpurgisnacht

„Wir laden alle FrauenLesbenTrans ein, am 30.04.2009 ihre Wut auf die Straße zu tragen.

Kommt alle um 20:30 Uhr zum Steintor-Platz in Hannover

Wir gehen in der Walpurgisnacht am 30.4.09 gemeinsam auf die Straße, um unser Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen und den öffentlichen Raum zu besetzen. Wir knüpfen hiermit an die Tradition feministischer Kämpfe an. Gerade die autonome FrauenLesbenbewegung der 1980er und frühen 1990er Jahre nutzte dieses Datum, um sich gegen patriarchale Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Der Kampf um Selbstbestimmung muss jede Form von Herrschaft angreifen. Darum gehen wir in diesem Jahr auch gegen die Vereinnahmung des 1. Mai durch Nazis, Faschisten und Faschistinnen auf die Straße, die für diesen Tag in Hannover einen der größten Aufmärsche planen.“

<http://www.walpurgisdemo-hannover.de.vu/>
Dort sind Einladungen zum Ausdrucken ,

Der Text wurde stark gekürzt durch nr-h

chen Inhalt der Gesetze, obwohl alle Staaten der Welt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben haben, wonach Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Wir wissen heute, dass Vergewaltigung nichts mit Sexualität zu tun hat, sondern ein Gewaltdelikt ist. Das vorgelegte Gesetz von Hamid Karsai schafft ein ermutigendes Klima für gewalttätige Verhaltensweisen von Männern.

Ohne soziale und bildungspolitische Gleichstellung bleibt eine rechtliche Gleichstellung abstrakt. Ein selbst bestimmtes Leben für Frauen und Männer wird in sozialer Ungleichheit nicht möglich sein.

Eine Friedenskonferenz zur Stärkung demokratischer Rechte der Frauen und Männer unterschiedlicher Volksgruppen, verschiedener politischer, weltlicher Anschauungen und Glaubensrichtungen befördert den zivilen Fortschritt mehr als die Stationierung ausländischer Truppen. Der zivile Fortschritt hat als Wegweiser internationale Verträge und Völkerrecht zur Hand, wobei der Fortschritt an der sozialen Lage der Frauen gemessen werden kann.

Heidrun Dittrich

Bildungsstreik, Klimawandel, Überwachungsstaat:

Bundeskongress setzt Kampagnen-Schwerpunkte der Linksjugend [´solid]

Vom 20.3. bis zum 22.3.09 fand in Mannheim der Bundeskongress der Linksjugend [´solid] statt. Der Bundeskongress bildet das Äquivalent zum Bundesparteitag der LINKEN. Unter den knapp 200 Delegierten fanden sich 17 junge SozialistInnen aus Niedersachsen, eine der größten Delegationen des Kongresses. Im Rahmen eines Vorbereitungswochenendes wurde über die Verbandsentwicklung und Anträge diskutiert. Gemeinsam mit Florian Höllen, dessen Amtsperiode im BundessprecherInnen Rat (BSpR) endete, entwickelten sich Initiativen für den Bundeskongress (BuKo).

Berichte, Anträge und (Wahlkampf-) Schwerpunkte

Der BuKo selbst begann mit dem Rechenschaftsbericht des alten BSpR und einer Generaldebatte zu den zukünftigen Aktivitäten. Es folgten mehrere satzungsändernde Anträge. Der vom LV Niedersachsen unterstützte Antrag auf Verkleinerung des BuKo fand leider nicht die nötige 2/3-Mehrheit. Die Verkleinerung hätte Einsparungen nach sich gezogen, die wiederum weitere gewünschte Kampagnen ermöglicht hätten.

Der Leitantrag „Wir wollen nicht weniger als diese Welt verändern“ ging aus dem Zukunftskongress hervor, welcher zwei Wochen zuvor in Erfurt Schwerpunkte für das laufende Jahr erarbeitete. In ihm wurde zunächst ausführlich Position zur aktuellen Krise bezogen. Aus dieser Positionierung heraus wurden gemeinsam mit weiteren Anträgen Kampagnen mit den Themenschwerpunkten

Klima, Bildung und Überwachungsstaat beschlossen.



Aus Zeitgründen konnten leider nicht alle allgemeinen Anträge behandelt werden und wurden daher an den Länderrat überwiesen. Darunter auch der auf dem niedersächsischen Vorbereitungstreffen erarbeitete Antrag „another europe is possible – Nein zu dieser EU; für ein Europa für alle!“ mit Forderungen der Linksjugend [´solid] bei der Europawahl. Ein Antrag, der die politische und strukturelle Einbindung eventueller Jugendverbandskandidaturen in die Arbeit des Verbands regelt. Sowie ein Antrag, der den weiteren Verlauf der „Aufmucken gegen Rechts“-Kampagne beschreibt. Im Mai/Juni soll die CD mit Musik gegen Rechts als Schlussteil zahlreicher Antifakonzerte erscheinen und kostenlos u.a. vor Schulen und Betrieben verteilt werden. Zu den weiteren antifaschistischen Aktivitäten gehört auch die Beteiligung

an der Initiative „Stolpersteine“ die an von den Nazis ermordete Menschen in Deutschland erinnert.

Neuwahl des BundessprecherInnen Rates und anderer Ämter

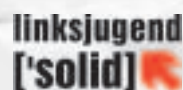
Neben Wahlen zur Bundeskassenprüfung und zur Bundesschiedskommission (u.a. Victor Perli) nahm die Neuwahl des BSpR eine zentrale Stelle ein. Dabei entstand eine kontroverse Debatte, da es nur sehr wenige weibliche Bewerberinnen gab. Im Zuge der Diskussion wurde auch ein Frauenplenum einberufen, in dem über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Aufhebung der Quote diskutiert wurde. Der Entscheidungsfindungsprozess wurde schließlich unterbrochen und verschoben. Am nächsten Tag konnte die BSpR-Wahl schließlich fortgesetzt werden: Mit fünf weiblichen Kandidaturen und mehreren männlichen Bewerbungen. Ein quotierter achtköpfiger BSpR wurde schlussendlich gewählt. Lucy Redler, welche der trotzkistischen Organisation SAV angehört, konnte sich mit deutlichem Abstand als einzige Kandidatin nicht durchsetzen.

Nachdem die Linksjugend [´solid] nun ihren Kongress erfolgreich durchführte, freuen sich die Delegierten darauf, gemeinsam mit ihren GenossInnen den zweiten Rassistenkongress von „Pro Köln“ am 9. und 10. Mai zu verhindern.

Florian Höllen, der nun ein Auslandssemester in Indien verbringt, wünschen wir viel Spaß und Glück!

*Florian Höllen (Göttingen),
Malte Pannemann (Oldenburg),
Burkhard Sohn (Peine)*

Kurzinfo NATO-Proteste



[´solid] hat sich stark an den Protesten zum NATO Geburtstag beteiligt. Trotz des massiven Auftretens der Polizei, u.a. Einsatz von Tränengas, Schockgranaten und Wasserwerfern auch gegen friedliche Demonstranten sind alle Genossinnen und Genossen mehr oder weniger heil wieder zurück. Ein Erfolg auch von uns war die Verzögerung des Gipfelablaufs um etwa eine Stunde durch verschiedene Blockadeaktionen. Die Niedersachsen Isabelle Windhorst und Fabian Henning wurden während der Proteste von einer Reporterin begleitet. Teile des Berichts finden sich unter <http://shortr.de/video2> (ab etwa min. 22). Bilder der Antirepressionsdemo am Donnerstag, bei der der Aktivist Philipp Zimmermann für 17 Stunden in Gewahrsam genommen wurde, gibt es unter <http://shortr.de/video1> Gegen Ende des Videos ist er gefesselt am Boden liegend zu sehen. Ganz vorne im grünen T-Shirt.

Philipp Zimmermann (Wolfenbüttel)



01.05.2009 – Tag der Arbeit
Diverse Veranstaltungen

08.05.2009 – VW-Konferenz
Gewerkschaftshaus,
Siegfried-Ehlers-Str. 2, Wolfsburg

08.05.2009 – Landeswahlbüro
17:30 Uhr, Landesbüro, Große Düwel-
str. 28, Hannover

09.05.2009 – LAG und BAG Selbst-
bestimmte Behindertenpolitik, AWO-
Begegnungsstätte Frankfurter Str. 18,
Braunschweig

09.05.2009 – Landesvorstand
Hannover

10.05.2009 – Antragsschluss zum Bun-
destags-Wahlparteitag der Partei DIE
LINKE (20. und 21. Juni 2009 in Berlin)

13.05.2009 – Mindestlohn in der EU u.a.
mit Sabine Lösing, Veranstalter/in: ver.di
OV Artland, 19:00 Uhr, Oldenburger Hof,
Hasestr. 11, Oakenbrück

16.05.2009 – EGB-Demo in Berlin
„Die Krise bekämpfen. Sozialpaket für
Europa, Die Verursacher müssen zahlen!“

16.05.2009 – Landesparteitag Bremen

17.05.2009 – LAG Bildungspolitik
11:00 Uhr, Landesbüro, Große Düwel-
str. 28, Hannover

23.05.2009 – Landesfinanzrat
Hannover

27.05.2009 – Podiumsdiskussion:
Öffentlich ist wesentlich. Veranstalter/in:
ver.di LB Niedersachsen-Bremen,
13:00 bis 15:00, ver.di - Höfe Hannover
u.a. mit Sabine Lösing

05.06.2009 – Weltumwelttag

07.06.2009 – Wahl des Europäischen
Parlaments

13.06.2009 – Fest der LINKEN
bis 14.06.2009
Kulturbrauerei, Berlin

> Termine

13.06.2009 – LAG Wirtschaftspolitik
10:30 – 16:30 Uhr
Freizeitheim Lister Turm, Hannover

20.06.2009 – Bundesparteitag

24.06.2009 – Regionale Betriebs- u. Per-
sonalrätekonferenz, 10:00 – 16:00 Uhr
Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60,
Hamburg

20.07.2009 – Gedenktag Opfer des
20. Juli 1944

12.08.2009 – Internationaler Tag der
Jugend

14.08.2009 – 1949: Erste Bundestags-
wahl

22.08.2009 – LAG und BAG Selbst-
bestimmte Behindertenpolitik
Niedersachsenhof, Verden

Bundeswehr wegtreten! In der Schule und überall sonst!

Wir als [‘solid] nehmen frustriert zur Kenntnis, dass 64 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Bundeswehr wieder versucht, sich in den Köpfen der Menschen und in der Mitte der Gesellschaft festzusetzen. Feierliche Gelöbnisse und lustige Kinderfeste sind Wegbereiter für die Militarisierung nach Innen und Außen und ein Versuch, neue Kämpfer für das Vaterland zu gewinnen. Personalbedarf zwingt die Bundeswehr dazu u.a. in Schulen für den „Dienst an der Waffe“ zu werben. Schamlos wird die Perspektivlosigkeit junger Menschen ausgenutzt.

Die kleine Anfrage „Präsenz der Bundeswehr an unseren Schulen“ C. Reichwaldts (Drucksache 16/1002) thematisiert sog. Jugendoffiziere. Neun von ihnen leisten in Niedersachsen „Informationsarbeit“, d.h. sie erklären, wie Bom-

ben und Gewalt Frieden schaffen! Es liegt wohl auf der Hand, dass dabei auch Jugendliche rekrutiert werden. Für die Landesregierung ist dies ein „Austausch zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr“, der eine „Sonderrolle“ von Soldaten verhindern soll. Dass die Bundeswehr verantwortlich für den Tod zahlreicher unschuldiger Menschen ist und somit selbstverständlich eine Sonderrolle in der Gesellschaft einnehmen muss, bleibt unbeachtet. Gerade weil die Kriegslobbyisten augenscheinlich immer offensiver agieren um junge Menschen für sich zu gewinnen, gilt es einmal mehr antimilitaristischen

Widerstand zu stärken. Die Auflösung der Bundeswehr darf nicht nur ein fer-



nes Ziel bleiben, sondern muss sich in der Praxis widerspiegeln. [‘solid] plant nun Aktionen zur Aufklärung.

Simon Volpers (Celle)

> IMPRESSUM

Herausgeber:

DIE LINKE Landesvorstand Niedersachsen

Redaktion:

Titelseite und Schwerpunkte: Herbert Behrens

Landtag: Christian Degener (cd)

Landesverband und Frauen: Nanni Rietz-Heering

Kreisverbände und Termine: Blanka Seelgen (b/s)

Kommunalpolitik: Carlo Bleichert (bca),
Ralf Jürgens (raj)

Bundestag: Nanni Rietz-Heering (nr-h)

Europa: Elke Höher

Jugend: Philipp Zimmermann

Adressen: Thomas Horstmann, Ralf Jürgens

Produktion: Nanni Rietz-Heering

V.i.S.d.P.: Herbert Behrens

Für namentlich gekennzeichnete Artikel trägt der/die Autorin die alleinige Verantwortung

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 6.7.2009

Redaktionsanschrift: LINKESFORUM, DIE LINKE,
Niedersachsen, Große Düwelstr. 28, 30171
Hannover, Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag mbH,
Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825
Köln, Tel.: 0221-21 16 58, Fax: 0221-21 53 73,
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

DIE LINKE. Kontaktadressen in Niedersachsen

Abkürzungen: KV = Kreisverband, LV = Landesverband, LAG = Landesarbeitsgemeinschaft

DIE LINKE.Niedersachsen

Landesverband und Landesvorstand

Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover
Tel (0511) 9 24 59 10, Fax (0511) 9 24 59 11
Mail: landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de
Geschäftszeit: Mo.-Fr. von 11.00 - 15.00 Uhr
Konto: 590 606, Sparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Landesausschuss (über LV)

Landesinfo-Redaktion

Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

DIE LINKE. in den Kommunalparlamenten

Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen

www.kommunalpolitischesforum-nds.de

DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel (0511) 30 30 44 02, Fax (0511) 30 30 48 80
www.linksfraktion-niedersachsen.de

MdL Hans-Henning Adler, Wahlkreisbüro

Kaiserstr. 19, 26122 Oldenburg,
Tel (0441) 5 70 06 08, Fax (0441) 5 70 06 09,
Mail: e.schuckardt@die-linke-oldenburg.de

MdL Kreszentia Flauger, Wahlkreisbüro

Sögestr. 10, 27793 Wildeshausen, Tel (04431) 70 51 49
Mail: katharina.lindner@dielinke-oldenburg-land.de

MdL Kurt Herzog / Pia Zimmermann, Wahlkreisbüro

Marschtorstr. 57, 29451 Dannenberg, Tel (05861) 98 94 98
Mail: kurt.herzog-wk@t-online.de
Mail: wahlkreis@pia-zimmermann.de

MdL Patrick Humke-Focks, Wahlkreisbüro

Geismarlandstr. 6, 37083 Göttingen, Tel (0551) 7 70 80 02,
Mail: buero@dielinke-goettingen.de

MdL Marianne König, Wahlkreisbüro

Johannisstr. 12, 49074 Osnabrück, Tel (0541) 7 50 96 75, Fax (0541) 7 50 96 74, Mail: chebatz@web.de

MdL Victor Perli, Wahlkreisbüro

Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel, Tel (05331) 7 10 70 07,
Mail: mitarbeiter@perli.de

MdL Chista Reichwaldt, Wahlkreisbüro

Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover, Tel (01515) 6 31 65 08,
Mail: buero@chista-reichwaldt.de

MdL Manfred Sohn, Wahlkreisbüro

Marktstr. 19, 26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 93 44
Mail: moll@dielinke-aurich.de

MdL Ursula Weißer-Rölle, Wahlkreisbüro

Frankfurter Str. 10, 38122 Braunschweig,
Tel. (0531) 4 82 01 35, Mail: rainernagel@dielinke@gmx.de

MdL Pia Zimmermann, Wahlkreisbüro

Laagbergstr. 65, 38440 Wolfsburg, Tel (05361) 8 91 73 91,
Fax (05361) 8 91 73 92, Mail: wahlkreis@pia-zimmermann.de

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

MdB Dorothee Menzner, Wahlkreisbüro
Wolfsburg: Laagbergstr. 65, 38440 Wolfsburg,
Tel (05361) 8 91 73 77, Fax (05361) 8 91 73 79
Mail: dorothee.menzner@wk.bundestag.de
Aurich: Marktstr. 19, 26603 Aurich,
Tel (04941) 9 73 06 59, Mail: wahlkreis-aur@menzner.info

MdB Diether Dehm, Wahlkreisbüro

Mail: diether.dehm@wk2.bundestag.de
Kontaktstellen: Olaf von Schmidt, Osterstr. 23,
26817 Rhaderfehn, Tel (04952) 80 88 05

Salzgitter: Berliner Str. 49, 38226 Salzgitter-Lebenstedt,
Tel (05341) 8 39 32 77

Wilhelmshaven: Göknerstr. 73, 26384 Wilhelmshaven,
Tel (04421) 1 81 54 85, Fax (04421) 1 81 54 84,
Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

MdB Herbert Schui, Wahlkreisbüros

29614 Soltau, Hagen 10, Tel (05191) 97 99 33, Fax (05191) 96 97 74, Mail: herbert.schui@wk.bundestag.de
21423 Winsen (Luhe), Bahnhofstr. 8,
Tel (04171) 84 95 06, Fax (04171) 84 95 07,
Mail: wbkwinsen.herbertschui@gmx.de

Alle Bundestagsabgeordneten:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Europabüro MdEP Feleknas Uca

Bergstr. 50, 29221 Celle, Tel (05141) 9 01 30 40
Fax (05141) 9 01 30 41, Mail: eu-dielinke-celle@t-online.de,
Geschäftszeiten: Mo.-Do. 8.00 - 16.30 Uhr, Fr. 8.00 - 14.00 Uhr

KV Aurich: Heiko Moll, Am Bahndamm 1,
26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 93 44,
Mail: moll@dielinke-aurich.de

KV Braunschweig: Güldenstr. 6, 38100
Braunschweig, Tel+Fax (0531) 4 80 37 22,
Mail: kontakt@die-linke-bs.de

KV Celle: Bergstr. 50, 29221 Celle,
Tel (05141) 9 01 30 40,
Mail: dielinke.kv-celle@t-online.de

KV Cloppenburg: Michael von Klitzing,
Iltisstr. 8, 49661 Cloppenburg,
Tel (04471) 35 40, Mail: michael@klitzing.de

KV Cuxhaven: Heinz Rolle, Warthestr. 3,
27474 Cuxhaven, Tel (04721) 6 42 16,
Mail: h-rolle@derlinkecuxhaven.de

KV Delmenhorst: Jörg Dombrowe,
Hasporder Damm 167, 27755 Delmenhorst,
Tel (04221) 6 11 60,
Mail: joerg.dombrowe@ewetel.net

KV Diepholz: Wolfgang Kotowski, Burlager
Str. 11, 49419 Wagenfeld, Tel (05444) 13 88,
Mail: wolfgang.kotowski@t-online.de

KV Emden: Ingrid Deppe, Brückstr. 4,
26725 Emden, Tel (04921) 99 00 61,
Mail: ingrid.deppe@web.de

KV Emsland: Gerhard Schipmann,
Schwarzenbergweg 27, 26871 Papenburg,
Tel (04961) 76 89 84,
gerhard.schipmann1@ewetel.net

KV Friesland: Anja Kindo, Plagestr. 35,
26419 Schortens, Tel (04461) 7 45 78 34,
Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

KV Gifhorn: Jörg Prilop, Fliederstr. 5,
38518 Gifhorn, Tel (05371) 5 39 31,
Mail: marion0906@gmx.de

KV Göttingen: Gerd Nier, Rotes Zentrum,
Geismarlandstr. 6, 37083 Göttingen,
Tel (0551) 7 70 80 04
Mail: kv@dielinke-goettingen.de

KV Goslar: Michael Ohse, Tulpenweg 6,
38640 Goslar, Tel (05321) 30 34 54,
Mail: dielinke-goslar@gmx.de

KV Hameln-Pyrmont: Domeierstr. 6,
31785 Hameln, Tel (05151) 9 96 47 78
Mail: dielinke-hm-py@gmx.de

KV Hannover: Große Düwelstr. 28,
30171 Hannover, Tel (0511) 44 40 19,
Fax (0511) 44 40 29
Mail: vorstand@die-linke-region-hannover.de

KV Harburg-Land: Anja Stoek, Vör de Heid
14, 21423 Winsen/Luhe, Tel (04171) 60 54 34,
Mail: vorstand@dielinke-harburg-land.de

KV Helmstedt: Armin Wülker, Wilmers-
dorfer Str. 7, 38448 Wolfsburg, Tel (0163) 6
30 13 26, Mail: die-linke-helmstedt@gmx.de

KV Hildesheim: Georg Kuhlo, Saarstr. 91a,
31141 Hildesheim, Tel (05121) 9 99 84 82,
Mail: georg.kuhlo@die-linke-hildesheim.de

KV Holzminden: Michael Krisch, Koken-
hammer 6, 37603 Holzminden, Tel (0172)
5 29 60 67, Mail: michael.krisch@gmx.de

KV Leer: Olaf von Schmidt, Osterstr. 23,
26817 Rhaderfehn, Tel (04952) 80 88 05,
Mail: vonschmidt@dielinke-leer.de

KV Lüchow-Dannenberg: Jürgen Kruse,
Zieleitz 7, 29479 Jameln, Tel (05864)
98 64 22, Mail: wendanix@t-online.de

KV Lüneburg: Martin Nass, Katharinerring
17, 21409 Emsb., Tel (04134) 90 74 02,
Mail: martin-nass@t-online.de

KV Nienburg: Monika Popien, Lönsweg 26a,
31618 Liebenau, Tel (0516) 50 38 13 97,
Mail: monipo2000@yahoo.de

KV Northeim: Rainer Hamann, Anne-
Frank-Str. 12, 37574 Einbeck,
Tel (05561) 86 85, Mail: rainer.hamann@tele2.de

KV Oldenburg: Kaiserstr. 19,
26122 Oldenburg,
Tel (0441) 8 61 62, Fax (0441) 8 62 09,
Mail: kontakt@die-linke-oldenburg.de

KV Oldenburg-Land: Holger Gerdas,
Bulder-Berg-Weg 12, 26209 Hatten,
Tel (04482) 98 00 63, Fax (04482) 98 08 64,
Mail: vorstand@dielinke-wf.de

KV Osnabrück: Johannisstr. 12,
49074 Osnabrück, Tel (0541) 75 04 96 76,
Fax (0541) 75 04 96 75,
Mail: info@dielinke-osnabrueck.de

KV Osterholz: Herbert Behrens,
Hafenstr. 7b, 27711 Osterholz-Scharmbeck,
Tel (04791) 14 04 14,
Mail: herbert.behrens@die-linke-ohz.de

KV Osterode: Ilyas Cangöz,
Grubenhagenstr. 2, 37412 Herzberg,
Tel (05521) 99 98 62,
Mail: ilyas.cangoez@linkspartei-osterode.de

KV Peine: Jürgen Eggers, Hindenburgstr.
12, 31224 Peine, Tel (05171) 1 02 54,
Mail: j.eggers-peine@freenet.de

KV Rotenburg/Wümme: Peter Pflöging,
Zum Eichenkuller 5, 27412 Tarmstedt
Tel (04283) 86 87,
Mail: dl-row-ppflöging@email.de

KV Salzgitter: Walter Gruber,
Wichtelstieg 12, 38226 Salzgitter
Tel (05341) 4 99 42,
Mail: williwalter1@t-online.de

KV Schaumburg: Mark Schäfer, Flütstr. 16,
31559 Hohnhorst, Tel (05723) 78 86 20,
Mail: mark.schaefer@dielinke-shg.de

KV Soltau-Fallingb., Heinz Kühnel,
Am Stühkamp 19, 21438 Brackel, Tel
(04185) 51 90, Mail: hkuehnel@gmx.de

KV Stade: Benjamin Böhnke, Hastedtstr. 19,
21614 Buxtehude, Tel (04161) 75 88 93,
Mail: email@benjaminboehnke.de

KV Uelzen: Enrico Schülbe, Mühlenstr. 18,
29596 Stadensen, Tel (05802) 97 06 34,
Mail: eas-schuelbe@t-online.de

KV Vechta: Markus Schalk, Gastruper Str. 9,
49424 Goldenstedt, Tel (04444) 95 94 50,
Mail: mschalk@dielinke@web.de

KV Verden: Bernward Nüttgens, Drübber 4,
27313 Dörverden, Tel (04234) 9 40 56,
mail@druebberholz.de

KV Wesermarsch: Francis Hope,
Bernhardstr. 7, 26954 Nordenham
Tel (04731) 71 44,
Mail: francis.hope@dielinke-wesermarsch.de

KV Wilhelmshaven: Anette Nowak,
Hermannstr. 1, 26384 Wilhelmshaven, Tel
(04421) 30 19 20,
Mail: info@dielinke-whv.de

KV Wittmund: Andreas Schlegel,
Tweehörnweg 34, 26316 Varel, Tel (04451) -
86 26 12, Mail: sozialist@dielinke-wtm.de

KV Wolfenbüttel: Fischerstr. 19b, 38300
Wolfenbüttel, Tel (05331) 7 10 70 06,
Mail: vorstand@dielinke-wf.de

KV Wolfsburg: Laagbergstr. 65, 38440
Wolfsburg, Tel (05361) 8 91 73 78,
Fax (05361) 8 91 73 79,
Mail: kontakt@die-linke-wob.de

Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Antifaschismus/Rechtsextremismus
Tel (05382) 26 08, Mail: carlo.bleichert@t-on-
line.de

LAG Asyl, Migration, Rassismus
Mail: franzi@die-linke-oldenburg.de

LAG Betrieb & Gewerkschaft
Mail: manfredkays@googlemail.com

LAG Grundeinkommen
Mail: michael.hoentsch@hannover-rat.de

LAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer
Mail: joachim.sturm@gmail.com

LAG Ökologische Plattform
Mail: karstenplotzki@gmx.de

LAG Rote Reporter/Medien
Mail: seeigen@dielinke-aurich.de

LAG Bildungspolitik
Mail: marenkaminski@web.de

LAG Inneres und Recht

Mail: info@drgeffken.de

LAG Konkrete Demokratie, soziale Befreiung
Mail: sms.ohse@t-online.de

LAG Kultur
Mail: haryhamburg@web.de

LAG Linkes Netzwerk „Fläche stärken!“
Mail: rrrrg@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Mail: u.wypior@web.de

LAG Soziales
Mail: h.agnes@gmx.de

LAG Umwelt-Energie-Verkehr:
Mail: umwelt-lp-nds@t-online.de

LAG Wirtschaftspolitik
post@ulrichsteinmeyer.de

LAG Lisa
Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der
Frauen, Mail: eve_line@gmx.de

Seniorenarbeits-Gemeinschaft
Mail: nosig@t-online.de

Kommunistische Plattform
Mail: monika.windhorn@web.de

Forum Demokratischer Sozialismus (FDS)
Mail: michael.hoentsch@hannover-rat.de

Sozialistische Linke
Mail: mariannekoenigde@t-online.de

Antikapitalistische Linke
Mail: sabine.loesing@web.de

Linksjugend [solid] Niedersachsen

Große Düwelstr. 28, 30171 Hannover
Tel (0511) 9 24 59 10,
Fax (0511) 9 24 59 11
Mail: solid-nds@gmx.net

Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.
Mail: info@rlbni.de
www.rlb-nds.de

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 6. Juli 2009